

Für manche selbstverständlich, für andere ein Privileg

Diskussion über Demokratie Die Schweizer Politik soll für jeden und jede verständlich sein. So lautet eines der Ziele des Projekts Demokratie und Migration in Winterthur. Gestartet haben die Initiantinnen mit einer weiblichen Diskussionsrunde in Wülflingen.

Elena Willi

Vor der Freizeitanlage Holzlegi in Wülflingen stehen etwa zehn Frauen in kleinen Grüppchen zusammen und unterhalten sich, teils auf Schweizerdeutsch, teils in einer der Autorin unverständlichen Sprache. Im Innern der Freizeitanlage werden noch rasch die letzten Plakate aufgehängt, der Beamer ausgerichtet und der Laptop hochgefahren.

Heute diskutieren im Holzlegi 15 Interessierte über Demokratie. An drei Abenden, von denen einer ausschliesslich für Frauen, einer nur für Männer und einer für beide Geschlechter offensteht, soll es um die politische Mitsprache in der Schweiz gehen. Genauer: Die direkte Demokratie soll Menschen mit Migrationshintergrund nähergebracht werden.

Teil der Gesellschaft

An diesem Abend findet der erste Anlass speziell für Frauen statt. «Wir wollen sie animieren, durch ihre politische Partizipation Teil der Schweizer Gesellschaft zu sein», sagt Monika Imhof, die das Projekt Demokratie und Migration Winterthur leitet (siehe auch Interview).

«Politik gestaltet das Zusammenleben im Alltag und hat Einfluss auf beinahe jeden Bereich», wird in grossen Buchstaben an die Wand projiziert. Der Abend startet mit einer Präsentation von Imhof zum Schweizer Regierungssystem. Immer wieder werden aber auch die Teilnehmerinnen nach ihren Ideen und Meinungen gefragt.

«Teilweise ist der Einfluss der Politik so selbstverständlich, dass wir ihn gar nicht hinterfragen», sagt eine der wenigen gebürtigen Schweizerinnen an diesem Abend, auf die Frage, was die Politik alles regle. Beispielsweise



Eine Frauenrunde diskutierte in der Freizeitanlage Holzlegi in Wülflingen über das Privileg der direkten Demokratie. Foto: Madeleine Schoder

die Ordnung des Strassenverkehrs sei durch politische Entscheide zustande gekommen: «Darüber machen wir uns heute gar keine Gedanken mehr, wir werden einfach in dieses System hineingeboren», sagt sie.

Auch Junge sind dabei

Könnten Sie sich vorstellen, in einem Land zu leben, in dem Sie keine politischen Rechte wahrnehmen können? Auf diese Frage der Journalistin antwortet eine gebürtige Schweizerin am Rande der Veranstaltung: «Ich fände das schon sehr schwierig». Sie

würde ihr Privileg, wie sie es nennt, nur ungern hergeben. Und dennoch ist es eine knappe Minderheit der Schweizer Stimmberechtigten, die regelmässig an Abstimmungen teilnimmt. Laut Bundesamt für Statistik waren es im Jahr 2020 49,3 Prozent, die ihre Stimme abgaben.

«Besonders Junge neigen dazu, den Abstimmungen fernzubleiben», sagt Imhof. Darum freut es sie umso mehr, dass an diesem Abend drei junge Frauen den Weg zur Veranstaltung gefunden haben. Zwei von ihnen sind kürzlich 18 Jahre alt gewor-

den und konnten bereits einmal abstimmen.

Die dritte Teilnehmerin lebt zwar schon sechseinhalb Jahre in der Schweiz, die Staatsbürgerschaft fehlt ihr jedoch noch. «Ich bin zurzeit im Einbürgerungsverfahren und freue mich schon, wenn ich auch mitbestimmen darf», sagt die 19-Jährige, deren Eltern aus Kosovo stammen.

Der Abend ist ein kurzes Auffrischen vom Staatskundeunterricht, der sich bei den wenigsten im Langzeitgedächtnis festsetzt. «Es wäre gut, wenn wir uns diese Fakten immer wieder vor Au-

gen halten würden», meinen die drei jungen Frauen.

Auch die älteren Teilnehmerinnen sind dieser Meinung: «Wieder einmal erklärt zu bekommen, was ein Referendum genau ist und wie viele Unterschriften man dafür braucht, tut gut», sagt eine Frau mit Wurzeln in Kosovo.

Eine Partei für Frauen?

Im zweiten Teil des Abends wird die Diskussion für alle geöffnet. Die Stimmung ist locker: Die Frauen lachen und debattieren viel. Immer wieder betonen die

«Wir werden einfach in dieses System hineingeboren.»

Teilnehmerin der Diskussionsrunde in Wülflingen

Initiantinnen, dass besonders die Partizipation der Frauen wichtig sei. «Wo wir das Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz doch erst seit 1971 haben», sagt Imhof.

Als die verschiedenen grossen Parteien thematisiert werden, sagt eine Teilnehmerin: «Ich würde gern selbst eine Partei nur für Frauen gründen.» Sofort rufen ihr einige der Anwesenden zu: «Ich würde dich wählen.»

Im Projekt sind weitere Abende geplant: «Im August wollen wir die Themen der anstehenden Abstimmungen besprechen», sagt Imhof. Die Projektleiterin ist überzeugt, dass die direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert und sich die Teilnahme lohnt: «Eine einzelne Stimme kann bereits den Unterschied machen.»

Die nächste Veranstaltung findet am Donnerstag, 8. Juli 2021, um 19 Uhr in der Freizeitanlage Holzlegi in Wülflingen statt. Weitere Infos: <https://demokratie-migration.ch>

Nachgefragt

«Es braucht eine Diskussion über das neue «Wir»»

Frau Imhof, Sie leiten das Projekt «Demokratie und Migration» in Winterthur. Wie kam es zum Projekt?

Die Ersatzwahl in den Stadtrat vom 8. Juli 2019 hat mich nachdenklich gemacht. Im «Landboten» stand dazu: «Nur 20 Prozent Wahlbeteiligung in Töss». Ich wollte wissen, weshalb das so ist, und bin auf den sogenannten «Participation Gap» gestossen. Das heisst, es gibt einen Unterschied im Stimmverhalten zwischen Schweizerinnen und Schweizern mit und ohne Migrationshintergrund. Klar ist: Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird in Zukunft ansteigen, und wenn dieser «Gap» grösser wird, bedroht das unsere direkte Demokratie.

Bedrohen – in welchem Sinn?

Die direkte Demokratie wird irgendwann ein Legitimationsproblem haben. 25 Prozent der

Bevölkerung besitzen keinen Schweizer Pass. Diese Gruppe steht aber nicht im Fokus des Projekts. Wenn aber tendenziell immer weniger Leute mit Migrationshintergrund abstimmen gehen, haben wir mittel- und langfristig ein Problem.

Weshalb ist dieses Projekt nötig?

Wir brauchen eine neue Identität und reden von einem neuen «Wir». Wir sollten uns dringend mit der Frage auseinandersetzen: «Wer ist die Schweiz? Wer ist das Volk?» Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt schliesslich bei 40 Prozent. An einem Vortrag habe ich kürzlich ein Bild der Schweizer Nati gezeigt und Xhaka zitiert. Er werde oft gefragt, weshalb er und seine Kollegen die Nationalhymne nicht mitsingen und ob sie denn «richtige» Schweizer seien. Er antwortete,

alle legten ihre rechte Hand aufs Herz – weil sie im Herzen Schweizer seien.

Wie wird Migrationshintergrund definiert?

Laut Bundesamt für Statistik hat man Migrationshintergrund, wenn beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Meine Mutter ist in Italien geboren, der Vater ist Schweizer. Obwohl ich auch einen italienischen Pass besitze, habe ich gemäss Definition keinen Migrationshintergrund. Der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist aber wichtiger als der Ausländeranteil. In meinem Stadtteil Töss ist diese Zahl besonders massgebend.

Wie kann das Projekt da einhaken?

Wir wollen sensibilisieren. Wenn man Gründe für diesen «Participation Gap» sucht, ist die wich-



Monika Imhof
Projektleiterin

tigste Erklärung die Sozialisation. Das heisst, wenn man zu Hause nicht sieht, wie man abstimmt, ist die Chance kleiner, dass man selbst abstimmen geht. Die Mehrheit der Bevölkerung zwischen 30 und 50 Jahren hat Migrationserfahrung. Das ist extrem. Wir müssen hinschauen und die Realität der Schweiz als Migrationsland anerkennen.

Trotzdem: Wenn man sich einbürgern lässt, weiss man doch, was Demokratie heisst.

Ja, aber anscheinend reicht das nicht. Die Zahlen sagen etwas anderes. Ich fand die Abstimmung vom 13. Juni selbst eine Herausforderung. Und wenn

man dann noch eine Sprachbarriere hat, hat man ein Problem.

Die Politikverdrossenheit zeigt sich allerdings auch allgemein in der Gesellschaft.

Wir werden in einem zweiten Teil unserer Veranstaltungsreihe ganz konkret die Unterlagen vom 26. September anschauen. Wir fragen: Wie geht man effektiv abstimmen? Es geht um das Befähigen.

Wen möchten Sie ansprechen? Auch parteipolitisch gedacht.

Wir stehen für die Demokratie und nicht für eine Partei. Ein Zielpublikum sind Schweizerinnen und Schweizer mit Migrationshintergrund. Die Bevölkerung von Winterthur ohne Migrationshintergrund wird ebenfalls angesprochen, weil auch sie wissen muss, was direkte Demokratie bedeutet. Aber wir möchten auch Sensibilität schaffen für die

Schweiz als Migrationsland – auch für «Bio-Schweizer». (lacht)

Wie erreichen Sie das Publikum?

Vor allem über das Netzwerk, das jetzt im Aufbau ist. Ich halte Vorträge, und wir sind vernetzt mit dem interkulturellen Forum oder mit dem Migrationsbeirat. In den Communities, die ein eigenes Netz haben, verbreiten sich die Infos weiter. Auch Social Media hilft uns.

Wer finanziert das Projekt?

Die Neue Helvetische Gesellschaft ist die Trägerschaft des Projekts. Es handelt sich um ein Citoyenneté-Projekt; das ist ein Programm der eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen. Unterstützt werden wir auch von der Stadt, dem Kanton und der Stiftung Mercator. Das Projekt ist auf drei Jahre ausgelegt, und das Budget beträgt 380'000 Franken. (ea)